



Kiel, 2. September 2013

Nr. 187/2013

Beate Raudies:

Gedenkstättenarbeit ist politische Bildungsarbeit

Zu den heutigen Ankündigungen von Kulturministerin Anke Spoorendonk zum Ausbau der schleswig-holsteinischen Gedenkstätten erklärt die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Beate Raudies:

Zeitgeschichtliche Bildung kostet Geld. Es sind allerdings gut investierte Finanzen, denn die Erinnerung an die Schrecken des Nationalsozialismus darf nicht verblassen. Zu hoch wären die Folgekosten, die wir aufbringen müssten, um sie in Opferschutz und Eindämmung von rechter Gewalt zu stecken.

Das heute von Ministerin Anke Spoorendonk vorgestellte Programm zur Einrichtung einer Gedenkstätte in der so genannten „Neulandhalle“ und zum Ausbau der KZ-Gedenkstätte Ladelund ist daher gut investiertes Geld.

Außerdem erfordern geringe Wahlbeteiligungen, gerade bei jüngeren Wahlberechtigten, Skepsis gegenüber der Demokratie und rechtsradikale Propaganda Gegenmaßnahmen.

Nach meiner Überzeugung sind diese hohen Summen, zu denen der Bund seinen Beitrag leisten muss, gut investiert, um in Schleswig-Holstein, das vor 1933 die erste Provinz mit einer Stimmenmehrheit für die Nationalsozialisten und nach 1945 ein Rückzugsraum für Altnazis war, konkrete Erfahrungsräume zu schaffen, in denen gerade junge Menschen sowohl die Leiden der Opfer des NS-Regimes als auch die fatale Verführbarkeit der Menschen nacherleben können.

Meine Fraktion wird deshalb die ambitionierten Vorschläge von Ministerin Spoorendonk unterstützen.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de